

Brechmittel werden in Hamburg immer seltener eingesetzt

GAL fordert sofortigen Stopp der Vergabe - SPD unterstützt Senat: Drogendealer dürfen Rechtsstaat "nicht auf der Nase herumtanzen"

Der Einsatz von Brechmitteln bei mutmaßlichen Drogendealern in Hamburg ist rückläufig, wie eine aktuelle Übersicht aus der Justizbehörde zeigt: Im Jahr 2003 wurden noch 156 Brechmittelvergaben angeordnet, von denen 111 tatsächlich durchgeführt worden sind. 2004 gab es 92 durchgeführte Vergaben, im vergangenen Jahr lediglich 45. Vor dem Hintergrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (die WELT berichtete) ist die Diskussion um die Brechmittelvergabe auch in Hamburg neu aufgeflammt. Die Straßburger Richter hatten einen Fall in Wuppertal als Verstoß gegen Folterverbot und Menschenrechte gewertet. Hamburg sei von dem Urteil nicht betroffen, erklärte die Justizbehörde in einer ersten Stellungnahme.

Die GAL forderte am Mittwoch ebenso wie die Jungen Liberalen, die Brechmitteleinsätze sofort zu stoppen. Das Urteil habe deutlich gemacht, daß die Vergabe dieser Mittel eine inhumane Behandlung sei. "Diese Klarstellung war dringend nötig, um den betroffenen Personen eine Möglichkeit zur Klage zu geben", sagte GAL-Innenexpertin Antje Möller, "vor allem aber ist damit die unsägliche politische Diskussion mit ihrer Verharmlosung endlich beendet."

Die Beweismittelsicherung bei Verdacht auf Drogenhandel müsse und könne ohne Brechmittelgabe erfolgen. In anderen Bundesländern geschehe dies mit einer "gläsernen Toilette", die Kontrollen ermögliche.

Die Brechmittelvergabe war in Hamburg in den letzten Monaten der rot-grünen Regierung eingeführt worden. Möller räumte am Mittwoch ein, dies müsse als "fatale Fehlentscheidung" bewertet werden.

Anders die SPD: Die Konsequenz aus dem Urteil dürfe nicht sein, daß "Drogendealer jetzt dem Rechtsstaat auf der Nase herumtanzen", meinte SPD-Innenexperte Andreas Dressel. Wenn das Urteil ausgewertet sei, müsse man über Alternativen wie den "gläsernen Stuhl" nachdenken. Aber auch rückblickend betrachtet war das, was Olaf Scholz als SPD-Innensenator in Hamburg eingeführt habe, richtig, betont Dressel.

flo

Artikel erschienen am Do, 13. Juli 2006